



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

/VI/219 - 20.9.1951

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 7654-59  
Fernschreiber 039 890

CDU auf dem Rückzug	S. 1
Neuwahlen in England	S. 3
Kinderbeihilfen	S. 5

## Rückzugsgefechte

(sp) Es steht nicht gut um die Aussichten der CDU bei etwaigen künftigen Wahlen, zumal dann nicht, wenn man an den Bundestag denkt. Dafür gibt es viele Anzeichen, an zentraler Stelle wie draußen im Lande. So ist z.B. vor einiger Zeit die Bundestags-Abgeordnete der CDU-Fraktion, Frau Dr. Margareta Gröwel, auf direkte Intervention des Bundeskanzlers von ihrer Kandidatur für einen Posten im konsularischen Dienst zurückgetreten, weil nach Ansicht des Kanzlers bei einer Nachwahl in Hamburg das Mandat der CDU mit ziemlicher Sicherheit verloren gehen würde. Die CDU-Fraktion könnte sich aber unter den gegenwärtigen Umständen auch nicht die geringste Schwäche ihrer Position leisten.

Man ist in dieser Partei nervös und unsicher geworden. Das ist begreiflich angesichts der Entwicklung in den vergangenen zwei Jahren, insbesondere aber in den letzten Monaten. In etwa gilt das auch für die anderen Koalitions-Parteien, wenn die FDP sich auch krampfhaft optimistisch gibt. In diesem Zusammenhang muß auch das Zusammentreffen einiger Bonner Lobbies (ein amerikanischer Ausdruck, den man vielleicht am besten mit 'berufsmäßige politische Geschäftemacher' übersetzen könnte) mit führenden Persönlichkeiten der Unternehmerverbände in einer westdeutschen Großstadt genannt werden. Es ging dabei um eine erste Übereinkunft für den Fall von, möglicherweise sogar vorzeitigen,

Bundestags-Neuwahlen und die Frage einer wirksamen finanziellen Unterstützung dieser Parteien - selbstverständlich gegen Zusicherung erhöhter Einflußmöglichkeiten der Geldgeber, die heute bereits nicht gering sind. Ein maßgebender Verband der so dringend investitionsbedürftigen Industrie hat danach für die Wahlkampagne der Koalitionsparteien heute schon einen Fonds von einer guten halben Million D-Mark garantiert.

Schließlich sind seit längerem, besonders auf dem flachen Lande und in kleinen Städten, vorzugsweise in katholischen Gebieten, Aktionen von einer teilweise geradezu schändlichen Skrupellosigkeit im Gange. Es werden, unverhüllt und auf jede denkbare Weise, vor allem auch von den Kanzeln herab, Personen in ein schlechtes Licht gestellt von denen man weiß oder die in dem Verdacht stehen, daß sie für die Sozialdemokratie Sympathien haben. Es wird von denselben Stellen, und hier insbesondere von Arbeitgeberseite, bestimmt, wer in Betrieben, kleinen Fabriken oder auf Gütern Arbeit bekommt und wem sie verweigert wird, und alles das unter ausschließlich parteipolitischen Gesichtspunkten. Aus einem kleinen Bezirk der Eifel, freilich dort, wo sie am schwärzesten ist, liegen aus zwei Monaten zehn erwiesene Fälle offensichtlicher schwerer Berufsschädigung dieser Art von Einzelpersonen vor, die von dem Bürgermeister einer kleinen Gemeinde bis zu drei Gutsarbeitern reichen. Jedermann in dem Bezirk oder in der Gemeinde, der sich damit befaßt hat, weiß, daß die Maßnahmen gegen die Betreffenden nur ergriffen wurden, weil es sich um als Sozialdemokraten bekannte Personen handelt.

So bitter diese Dinge für die Betroffenen sein mögen - politisch muß man sie als das werten, was sie sind: Wütende Ausfälle einzelner Truppenteile aus einer im Rückzug befindlichen Armee. Es wird nicht immer leicht sein, sie abzuwehren, zumal dann nicht, wenn das politische Terrain ungünstig ist. Aber sie können das Gesamtbild einer rückläufigen Bewegung nicht entscheidend, sondern nur im Detail korrigieren. Der erwähnte Vorgang mit der Abgeordneten Gröwel zeigt, daß diese Erkenntnis im Grunde auch dort vorhanden ist, wo man begrifflicherweise stets Zuversicht zur Schau trägt.

## Labour stellt sich zur Neuwahl

### Von einem englischen Mitarbeiter

Als Labour im Februar 1950 nach fünf Jahren einer unwälzenden Reformtätigkeit zum zweiten Male an die Macht kam, geschah dies mit so knapper Mehrheit, daß eine Wiederholung der Wahl binnen wenigen Monaten allgemein erwartet wurde. Nun hat die zweite Labourregierung doch eineinhalb Jahre gedauert - Jahre, die nicht mehr vom inneren Umbau der englischen Wirtschaft, sondern in erster Linie von weltpolitischen Auseinandersetzungen und ihren Rückwirkungen auf Englands inneres Leben beherrscht wurden. An großen Reformmaßnahmen hat die Periode der zweiten Regierung Attlee nur die Durchführung der längst beschlossenen - und von den Tories immer wieder verzögerten - Verstaatlichung der Stahlindustrie gesehen: Eine neue Form der Sozialisierung, bei der die einzelnen spezialisierten Firmen ihre kaufmännische Selbständigkeit weitgehend behalten haben, die noch mit Privatinteressen verknüpften Direktoren aber Schritt für Schritt durch hauptberufliche Manager ersetzt worden sind. Im übrigen hat die wirtschaftliche Aufgabe darin bestanden, mit dem neuen Apparat einer demokratisch kontrollierten Planwirtschaft zu arbeiten: Dank der ständig steigenden Produktivität der englischen Industrie und der Konzentration der Anstrengungen auf lebenswichtige Investitionen und Exporte ist es Labour gelungen, England als erstes europäisches Land von Marshallhilfe unabhängig zu machen; dank dem Bestehen einer ununterbrochenen planwirtschaftlichen Erfahrung ist es auch möglich gewesen, die Umstellung zu neuer Rüstungswirtschaft schneller und gründlicher zu vollziehen, als jedes andere europäische Land.

Aber die schnellere und gründlichere Umstellung auf Rüstung hat auch schnellere und fühlbarere Opfer bedeutet. Die Lebenskosten, schon seit der Pfundabwertung im Steigen, sind weiter gestiegen; die Steigerung der Produktivität wurde durch das Auftreten von Engpässen gebremst; die Exportindustrie, in der Materialversorgung zum Teil zugunsten der Rüstung zurückgestellt, verlor Märkte, und die bereits erfolgreich ausgeglichene Zahlungsbilanz zeigte ein neues Defizit. Mit den Opfern wuchsen die sozialen Konflikte: Die Gewerkschaften mußten die Politik des freiwilligen Lohnstops kündigen, ein Flügel der Labourpartei unter der Führung des Schöpfers des Gesundheitsdienstes, Aneurin Bevan, griff die Rüstung als zu schwer für Englands Leistungsfähigkeit an, während die Konservativen begannen, nach einer Politik der "Sparsamkeit", d.h. der Einschränkung der Sozialausgaben, als angebliches Mittel zur Stabilisierung der Lebenskosten zu rufen.

Der Wahlkampf wird diesmal darum nicht um die planwirtschaftlichen Prinzipien des neuen englischen Wirtschaftsaufbaues geführt werden: Labour will einstweilen keine weiteren Industrien sozialisieren, die Konservativen wollen außer beim Stahl und beim Strassentransport keine Verstaatlichung rückgängig machen, und erkennen wenigstens im Stillen die Unvermeidlichkeit der Planung im

heutigen Stadium der Rüstung an. Er wird geführt werden um Lebenshaltungskosten und Sozialausgaben auf der einen, Rüstung und Weltpolitik auf der andern Seite. Die Hoffnung der Tories ist, daß viele Arbeiterwähler aus Unzufriedenheit mit den gestiegenen Preisen nicht mehr zur Urne gehen, während Labour sich darauf stützen wird, daß eine konservative "Sparpolitik" die Errungenschaften des Wohlfahrtsstaates im Kern bedroht. Vor allem aber wollen die Konservativen das weitverbreitete Gefühl ausbeuten, daß England an Weltgeltung verloren hat und jeder Kleinstaat ihm heute ungestraft auf die Zehen treten kann - während Labour den Anspruch erhebt, durch seine Verbindung von starker Rüstung mit größter außenpolitischer Vorsicht den Weltfrieden in der Mac Arthurkrise mit gerettet zu haben, und auch weiterhin ein besserer Garant des Friedens zu sein, als seine allzu leicht säbelrasselnden Gegner.

Tatsächlich beruht die Kritik an Labours Außenpolitik auf drei verschiedenen Gruppen von Fakten. Erstens hat England durch die außerordentliche, allzu lange allein durchgeführte Anstrengung des Hitlerkrieges eine große Anzahl von Machtpositionen, besonders wirtschaftlicher Art, verloren, und mit dem Aufstieg der beiden kontinentalen Weltmächte mit weit größerer Bevölkerung, USA und USSR, in der Nachkriegszeit, wirkt sich das allmählich unvermeidlich auf Englands Weltstellung aus. Das kommt dem englischen Volk hier und da schmerzlich zum Bewußtsein. Zweitens hat Labour auch im Rahmen seiner beschränkten außenpolitischen Möglichkeiten, besonders in der Periode Ernest Bevins, zwar in den entscheidenden Weltproblemen klar Stellung genommen, es an Verständnis für wichtige Einzelfragen aber arg fehlen lassen - man denke nur an die englische Politik in Deutschland und im Mittleren Osten. Drittens und vor allem aber hat Labour gerade in den letzten Jahren sich bemüht, im Bündnis mit den Vereinigten Staaten eine gewisse Unabhängigkeit zu wahren, um in kritischen Lagen als Faktor des Friedens und der Kräftekonzentration auf das europäische Hauptkampffeld des kalten Krieges wirken zu können. Das ist Attlee und Morrison auch in erheblichem Maße gelungen - aber sie haben dafür den Preis bezahlt, daß die amerikanische Hilfe sich mehr und mehr auf weniger leistungsfähige, aber politisch bequemere Bundesgenossen auf dem europäischen Festland konzentriert hat. Die wachsende französische Orientierung der amerikanischen Außenpolitik ist mit eine Folge der hartnäckigen englischen Selbständigkeit. Der Wahlkampf wird darüber entscheiden, ob das englische Volk gewillt ist, die für solche Unabhängigkeit im Rahmen der gemeinsamen Front des Westens notwendigen Opfer weiter zu tragen.

+ + +

### Die schwebenden Kinderbeihilfen

F.B. Die Frage der Kinderbeihilfen ist seit langem in der Schwebe und noch zu keinem Abschluß gekommen. Die Sozialdemokraten forderten sie als erste und erst später, als ihre Vorschläge Anklang in der weiten Öffentlichkeit gefunden hatten, produzierten auch die anderen Parteien in aller Eile Gesetzentwürfe über eine Kinderbeihilfe.

Die CDU wünscht sich Familienausgleichskassen, die vom dritten Kind ab eine Kinderzulage zahlen sollen und damit dem Soziallohn näherkommen. Praktisch soll jeder Betrieb Familienausgleichskassen schaffen, aufgrund der Steuerkarte den Kinderzuschlag auszahlen und sein plus oder minus mit der Familienausgleichskasse des Wirtschaftszweiges und mit der zu schaffenden zentralen Ausgleichskasse verrechnen. Dieser Vorschlag klingt bestechend einfach, doch erfaßt eine Kinderbeihilfe, die erst vom dritten Kind ab gewährt wird, nur einen Bruchteil der Familien.

Man schätzt die Kinderzahl in der Bundesrepublik auf 11.820000. Dritte und vierte Kinder sind davon aber nur rund zwei Millionen oder 18 Prozent. Davon muß man wiederum vier bis fünf Prozent abrechnen, deren Ernährer im öffentlichen Dienst tätig sind und bereits Kinderbeihilfen erhalten. Der CDU-Vorschlag erfaßt also nur einen kleinen Kreis von Familien, während die SPD generelle Kinderbeihilfen fordert. Sie vertritt dabei die Ansicht, daß die Kinderbeihilfen an jedermann gewährt werden sollen, ganz gleich, ob es sich um einen Arbeitnehmer, Landwirt, Handwerker oder Freischaffenden handelt.

Der Haupteinwand gegen die Vorschläge der SPD ist die Deckungsgrundlage. Man rechnet einfach: 20 M pro Monat und Kind wären etwa 2,5 Mrd. jährlich. In der Sozialversicherung, der Arbeitslosenversicherung und -fürsorge, der Kriegsopferversorgung, der Soforthilfe usw. sind aber für Kinderbeihilfen bereits etwa 400 bis 500 Mio. M enthalten. Bei den Arbeitnehmern im öffentlichen Dienst werden bereits etwa 500 Mio. M dafür ausgegeben und die Steuerklasse III gewährt auch etwa 800 bis 1000 Mio. M Ermäßigung praktisch als Kinderbeihilfen. Der Mehraufwand für generelle Kinderbeihilfen beträgt also höchstens 400 bis 500 Mio. M, und diese sollten, wenn man die Großzügigkeit betrachtet, die auf anderen Gebieten angewandt wird, durchaus aufgebracht werden können.

Mit den Kinderbeihilfen müßte allerdings gleichzeitig ein Neuaufbau der Steuerklasse III erfolgen, die zur Zeit unsozial ist. Während der kleine Mann mit 200 M Einkommen nur 4,55 M Ermäßigung erhält, hat der Großverdiener mit 1000 M monatlich 106,70 M.

+ + +

---

Verantwortlich: Peter Raunau